

LUDWIG ERHARD

Wohlstand
für Alle

NON
ECON

R

LUDWIG ERHARD · WOHLSTAND FÜR ALLE

LUDWIG ERHARD

WOHLSTAND FÜR ALLE

BEARBEITET VON
WOLFRAM LANGER

ECON

Entwurf des Titelblattes: Werner Rebhuhn

Die Originalausgabe erschien im Februar 1957 im Econ-Verlag.
Textgrundlage dieser Ausgabe ist die 8. Auflage von 1964,
die letzte von Ludwig Erhard autorisierte Fassung.

Ludwig-Erhard-Stiftung e. V.
Johanniterstraße 8
53113 Bonn
Telefon: 02 28 / 5 39 88 – 0
Telefax: 02 28 / 5 39 88 – 49
info@ludwig-erhard-stiftung.de
www.ludwig-erhard.de



ISBN 978-3-430-21039-3
Econ ist ein Verlag
der Ullstein Buchverlage GmbH
© Ullstein Buchverlage GmbH, Berlin 2020
Alle Rechte vorbehalten
Gesetzt aus der New Century Schoolbook
Satz: Büro Beck, Kempten
Druck und Bindearbeiten: GGP Media GmbH, Pößneck
Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort von Lars P. Feld	I
Vorwort zur 8. Auflage	XIV
I Der rote Faden	7
Konjunkturzyklus überwunden / Wettbewerb contra Egoismus / Der Schlüssel zur Steuersenkung / Die wirtschaftlichen Grundrechte / Kostspieliger Pyrrhussiege	
II Die Geburt der Marktwirtschaft	18
Preisgestoppte Inflation lähmt die Wirtschaft / Die große Chance / Generalstreik gegen die Marktwirtschaft / Der Kampf um die guten Nerven / Falsche Weichenstellung für die Steuerpolitik / Die Preise sinken / Der „Schwarze Peter“ geht um / Preisspiegel und Jedermann-Programm / Rascher Produktionsanstieg nach der Währungsreform / Die zweite Phase / Inthronisierung des Kunden / Das Erbe der trügerischen Vollbeschäftigung / Kreditausweitung als Allheilmittel? / Medizin gegen Rezession / Es hätte des Korea-Konflikts nicht bedurft . . .	
III Korea-Krise und ihre Überwindung	49
In Bonn ging es hoch her / Produktionssteigerung führt zu Engpässen / Die Handelsbilanz wieder passiv / Rüstung auch ohne Inflation? / Beruhigung – aber keine Krise / Rückkehr zur Liberalisierung / Der ideale Dreiklang / Steigerung der Masseneinkommen / Der Irrtum des Planwirtschaftlers / Der „Durchbruch nach vorne“ / Pessimisten am Werk	
IV Die Meisterung der Hochkonjunktur	77
Kopfjäger am Werk / Erhöhung der Löhne und Gehälter / Schnelle Reaktion des Sparers / Preisstabilität oberstes Gebot / Unpopuläre Wahrheiten / Kein Zweifel über die Preisverantwortung	
V Marktwirtschaft überwindet Planwirtschaft .	98
Völlig verschiedene Auffassungen / Der Sprung ins kalte Wasser / Dem Kommunismus in die Arme? / Der sinnlose Generalstreik / Arbeitslosigkeit macht Sorgen / Vom Pfad der Tugend abweichen? / Patentrezepte helfen nicht / Dilettantismus und Tatsachen / Der neue versöhnliche Ton	

VI Wirtschaftsminister, nicht Interessenvertreter	132
Unternehmer müssen verantwortungsbewußt sein / Die Freiheit oberstes Ziel / Arbeitsteilung zwischen Staat und Wirtschaft / Umfangreiches Sündenregister / Gefähr- liche Sonderinteressen / Das Märchen von den guten Ord- nungen / Vom Bürger zum Untertan / Auseinandersetzung mit dem Handel / Die Hamburger Erklärung / Gewerb- liche Erbhöfe unzeitgemäß / Deutsches Wunder?	
VII Kartelle – Feinde der Verbraucher	159
Frühzeitige Ablehnung / Keine amerikanischen Befehle / Verbotsgrundsatz erneut bestätigt / Konsumentenschutzgesetz / Alle müssen am Erfolg teilhaben / Das Geheimnis der Marktwirtschaft / Die Grundformen wirtschaftlicher Macht / Ausnahmen möglich und not- wendig / Grundsatzstreit geht am Kern vorbei / Uner- setzliches Barometer / Kartelle zur Überwindung von Krisen / Das Märchen vom Mittelstandsschutz / Kein neuer Dirigismus / Ein Wort an die Unternehmer	
VIII Der Wert unmittelbarer Meinungsäußerung .	192
Um die Zukunft der Demokratie / Nicht jeder Ärger ist begründet / Von Brasilien, Büttenpapier und Goldmün- zen	
IX Marktwirtschaft ermöglicht gerechten Lohn.	208
Gesetz des Handelns beim Unternehmer / An die Zukunft denken / Autonomie und Verantwortung / Der Kuchen muß größer werden	
X Verführt Wohlstand zum Materialismus?	221
Der Wille zum Verbrauch / Keine deutsche Austerity- Politik / Gegen falsche Unduldsamkeit / Geist läßt sich nicht befehlen / Die besondere deutsche Situation / Die letzten Ziele	
XI Psychologie um Mark und Pfennig	235
Beständige Hochkonjunktur / Nachtwächterstaat gehört der Vergangenheit an / Preisbewußtsein contra Inflationsgefahr	
XII Versorgungsstaat – der moderne Wahn.	245
Die Hand in der Tasche des Nachbarn / Illusion des Sicherheitsbedürfnisses / Am Ende steht der soziale „Untertan“ / Grenzen der Sozialversicherung / Absage an anachronistische Lösungen / Gute Sozialpolitik erfordert Währungsstabilität	

XIII Politik nicht vom grünen Tisch	264
Handelspolitik im neuen Stil / Den Fluch der Vergangenheit überwinden / Interesse des Auslandes / Von London bis New York . . . / Das Vertrauen zur Marktwirtschaft / Eckstein der europäischen Wirtschaft / Doctor Caligaris Wunderkabinett	
XIV Station Europa	283
Das Ziel: umfassende Integration / Sizilien liegt nicht an der Ruhr / Gegen ein bürokratisch manipuliertes Europa / Ordnung auf leisen Sohlen / Die Erfolge der EZU / „Stability begins at home“ / Vom Unsinn des Bilateralismus / Europa – Insel der Desintegration? / Die Freiheit ist unteilbar / Liberalisierung die beste Arznei / Wer ist ein guter Europäer?	
XV Der Phönix steigt aus der Asche	311
Die Weichenstellung zum Erfolg / Liberalisierung nach allen Seiten / Einheitliche Spielregeln / Die beste Exportförderung / Die letzten Prozente entscheiden / Das Symbol des Bösen / Nicht um Lösungen herumdrücken! / Überragende Bedeutung des Außenhandels	
XVI Die Grundlagen der neuen Regierung . . .	329
Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963	
Die Nachwirkungsmacht von <i>Wohlstand für Alle</i>	383
Nachwort von Ulrich Blum und Roland Tichy	
Ludwig Erhard – Biographische Eckdaten	390
Erläuterungen zu den Karikaturen	391
Anhang	395
Indexziffern der industriellen Produktion / Der Neuauflauf des Kapitalmarktes / Die drei wichtigsten Preisindices / Quellenhinweise / Literatur zum Vorwort von Lars P. Feld	

„Das Jahr 1957 wird für das deutsche Schicksal großes Gewicht haben. Dieses Buch, dem ich den Titel ‚Wohlstand für Alle‘ gab, soll Rechenschaft ablegen über unsere Arbeit in den letzten Jahren und Wege weisen für eine glückliche Zukunft. In diesem Sinne hoffe ich, daß es ein gutes Rüstzeug ist in den Auseinandersetzungen unserer Zeit.“

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Heinrich August". The signature is fluid and cursive, with a large, sweeping initial 'H' and 'A'.

**WOHLSTAND FÜR ALLE –
WAS DIESES VERSPRECHEN
HEUTE BEDEUTET**

Ein Vorwort

*von Lars P. Feld, Vorsitzender des Sachverständigenrates
zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*

Einleitung

Der Titel dieses Buches ist heute noch Provokation, zumindest lädt er zu Missverständnissen ein. Provokation ist er für diejenigen, die mit Ludwig Erhard die Realpolitik seit der Währungsreform des Jahres 1948 verbinden, ihn als Protagonisten christdemokratischer, quasi regierungsamtlicher Wirtschaftspolitik sehen und dem programmatischen *Wohlstand für Alle* die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbesserungspotenziale der heutigen Zeit entgegenhalten – frei nach der Devise, der Wohlstand für alle sei eine Schimäre. Missverstehen würde man Erhard, wenn man ihn als Vertreter einer Sozialpolitik wahrnähme, der stärker umverteilen wolle, sodass die wirtschaftlich Schwächeren einen größeren Wohlstand erreichen können. Missverstehen würde man ihn außerdem, wenn man ihn als plumpen Ökonomisten einordnete, als jemanden, für den Wirtschaftswachstum das wichtigste aller Ziele sei.

Als *Wohlstand für Alle* im Jahr 1957 erschien, war die Erhard'sche Wirtschaftspolitik keine Provokation mehr. Erhard wurde vielmehr als Vater des deutschen Wirtschaftswunders und Begründer des deutschen Wirtschaftsmodells, der Sozialen Marktwirtschaft, gefeiert. Er hatte als Direktor der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes noch vor der Gründung der Bundesrepublik Deutsch-

land im Jahr 1948 die Währungsreform mit der Einführung der D-Mark umgesetzt. Angesichts der Rolle, welche die amerikanische Besatzungsmacht bei der Einführung der neuen Währung spielte, rückt die eigentliche Leistung Erhards in den Mittelpunkt, nämlich die Verabschiedung des „Gesetzes über Leitsätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform“, des sogenannten Leitsätzgesetzes, mit dem die öffentliche Warenbewirtschaftung weitgehend beseitigt wurde. Dadurch konnten sich Marktpreise für eine Vielzahl von Produkten frei bilden. Von heute auf morgen konnten die Deutschen, die sich zuvor einer Mangelwirtschaft gegenüberstanden, volle Schaufenster mit Waren bewundern. Die Preisfreigabe ohne Währungsreform hätte vermutlich nur Inflation zur Folge gehabt. Die Währungsreform ohne marktwirtschaftliche Preisbildung hätte die Mangelwirtschaft nicht beendet. Das Zusammentreffen beider Maßnahmen war entscheidend (Giersch et al. 1992).

Dabei setzte Erhard diese Reform gegen Widerstände aus den Reihen seiner Berater, nicht zuletzt aber gegen die amerikanische Besatzungsmacht durch. Regelmäßig wird eine Anekdote kolportiert, die Erhard dem Vernehmen nach selbst zum Besten gab (Sigler 2016). Als er sich wegen der weitgehenden Aufhebung der Warenbewirtschaftung gegen den Vorwurf des amerikanischen Militärgouverneurs Lucius D. Clay rechtfertigen musste, die Besatzungsvorschriften eigenmächtig abgeändert zu haben, soll Erhard geantwortet haben: „Herr General, ich habe die Vorschriften nicht abgeändert, ich habe sie abgeschafft.“ Allerdings warnten Erhard nicht alle seine Berater vor der Preisfreigabe durch das Leitsätzgesetz. Dessen Referentenentwurf stammte von Leonhard Miksch, einem Schüler Walter Euckens (Berndt und Goldschmidt 2000, Feld und Köhler 2015). Liest man Mikschs Tagebuch (Goldschmidt 2015), so werden die Auseinandersetzungen in der Verwaltung für Wirtschaft plastisch, und es wird deutlich, wie Erhard sich im Rückgriff auf die marktwirtschaftlichen Überzeugungen der Freibur-

ger Schule durchsetzen konnte. Zudem waren die Reformen anfangs kein Selbstläufer. Erhard sah sich einem Generalstreik gegenüber, den er überstand, ohne in der Hauptsache zurückweichen zu müssen. Bis ins Jahr 1957 war diese Episode verblasst.

Der entscheidende Beitrag der Erhard'schen Reform und zugleich wesentlicher Teil seiner weiteren Wirtschaftspolitik war der damit eingeleitete Übergang zu einer Wettbewerbswirtschaft. Erhard erschien dieser Übergang, ganz im Sinne der Freiburger Schule, als das Soziale an der Marktwirtschaft, als grundlegendes Element des sozialen Ausgleichs. Weil die Wettbewerbswirtschaft private Machtkonzentration zu verhindern vermag, schafft sie die Voraussetzungen für eine bessere Chancenverteilung in der Gesellschaft (Feld 2020). Anlässlich des 70. Geburtstags Friedrich A. von Hayeks soll Erhard in diesem Sinne gesagt haben, Hayek solle ihn nicht missverstehen. Als Wettbewerbswirtschaft brauche die Soziale Marktwirtschaft den Zusatz „sozial“ nicht, schließlich sei sie bereits an sich sozial. Erhards Einsatz für ein neues Wettbewerbsrecht, das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), das erst im Jahr 1957 – wiederum gegen massive Widerstände, dieses Mal der deutschen Industrie – verabschiedet wurde, darf daher nicht geringgeschätzt werden.

In der wirtschaftshistorischen Literatur wird darüber diskutiert, wie sehr die Erhard'sche Wirtschaftspolitik als Zäsur, als Bruch mit der Zeit des Nationalsozialismus verstanden werden kann (Ritschl 2005, Spoerer 2019). Es gab vielfältige Kontinuitäten in der Wirtschaftspolitik zu den Jahren zuvor, aber der Übergang zur Wettbewerbswirtschaft stellte einen eigentlichen Paradigmenwechsel dar (Spoerer 2019). Diese Diskussion ist nicht zu Ende – genauso wenig wie die Debatte um die Person Erhard (Herrmann 2019, Issing und Koerfer 2019). Mein Beitrag in diesem Vorwort dreht sich nicht um diese historischen oder gar um dogmengeschichtliche Fragen anhand einer Exegese des ursprünglichen Textes. Letzteres mögen die geneigten Leser dieser

neuen Ausgabe selbst unternehmen. Mir geht es um eine Einordnung der Erhard'schen Anliegen in diesem Buch, in dem Schlaglichter auf ausgesuchte Entwicklungen gerichtet werden und aus der heutigen Sicht deutlich wird, wie sich Ludwig Erhards wirtschaftspolitische Vorstellungen verstehen lassen. Diese Interpretation beansprucht keine Exklusivität, gleichwohl stellt sie aus meiner Sicht eine plausible Interpretation dar.

Die Wirtschaftsentwicklung

Ludwig Erhard war Marktwirtschaftler und Ordnungspolitiker. Aber er war genauso ein Kind seiner Zeit, das die Hyperinflation nach dem Ersten Weltkrieg, die Weltwirtschaftskrise mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit und den Zweiten Weltkrieg mit seinen desaströsen Auswirkungen miterlebt hatte. Es kann daher nicht verwundern, dass Preisniveaustabilität, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und ein hoher Beschäftigungsstand für Erhard als Voraussetzung für stetiges Wirtschaftswachstum wichtig waren. Diese vier Größen – bezüglich des Wirtschaftswachstums erweitert um das Attribut „angemessen“ – wurden ab dem Jahr 1967 als sogenanntes magisches Viereck dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung als Prüfauftrag ins Gesetz geschrieben. In seinem *Wohlstand für Alle* greift Erhard in unterschiedlichen Kontexten auf Statistiken zurück, welche die wirtschaftliche Entwicklung in makroökonomischen Dimensionen seit der Währungsreform illustrieren. Man hat gelegentlich den Eindruck, dass es ihm in diesem Buch somit auch um eine Rechtfertigung seiner Entscheidungen geht.

Abbildung 1 stellt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Zeitraum von 1870 bis 2016 dar. Die wesentlichen historischen Zäsuren des 20. Jahrhunderts sind dabei genauso markiert wie zwei Rezessionen zu Beginn und zum Ende der Zeitperiode, nämlich der Gründerkrach und die Fi-

nanzkrise (oder Große Rezession). Die massiven Auswirkungen der beiden Weltkriege, der Hyperinflation und der Weltwirtschaftskrise auf das BIP sind nicht zu übersehen. Sie überschatten alle anderen Ereignisse; selbst die bis zum Jahr 2020 als schwerste Krise der Nachkriegszeit angesehene Große Rezession erscheint nur als kleine Unterbrechung eines stetigen Anstiegs der Wirtschaftskraft.

Versteht man das programmatiche *Wohlstand für Alle* als Steigerung des gesamtwirtschaftlichen Einkommens, so zeigt sich die Wettbewerbswirtschaft der Bundesrepublik Deutschland als durchaus erfolgreich. Trotz aller Schwankungen weist der Trend ungebrochen nach oben. Die Erhard'schen Weichenstellungen für die Wettbewerbswirtschaft scheinen richtig getroffen. Voraussetzung für diese Entwicklung ist der Erhalt des Friedens; dazu gehören aber außerdem die richtigen wirtschaftspolitischen Entscheidungen, die dafür gesorgt haben, dass weder Hyperinflation noch Massenarbeitslosigkeit wie zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise aufgetreten sind. Dafür hat Erhard keine Meriten erworben, sind es doch die nach ihm kommenden Wirtschaftspolitiker, die ihren Teil dazu beigetragen haben.

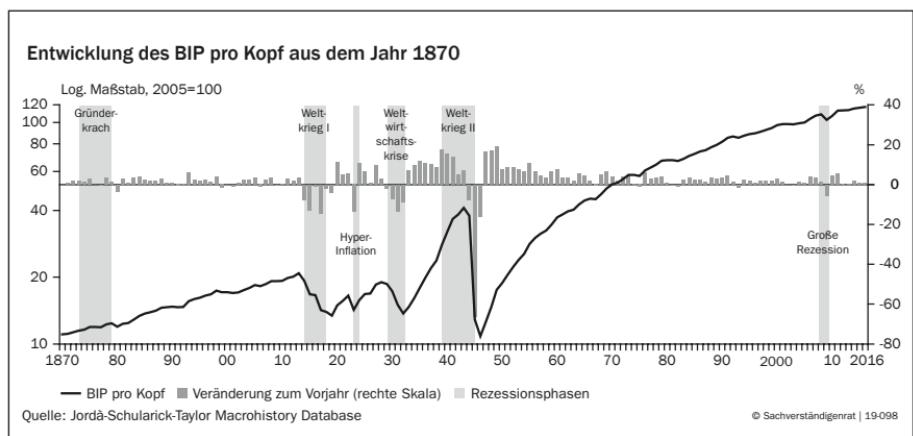


Abbildung 1: Die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von 1870 bis 2016

Erhard irrt jedoch in seiner gleich zu Beginn des Buches geäußerten Hoffnung, der Konjunkturzyklus möge überwunden werden. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung des BIP mit den vom Sachverständigenrat vorgenommenen Datierungen der Rezessionsphasen. Dies ist bis zum aktuellen Rand gezogen, schließt also die Corona-Krise mit ein, ohne dass diese schon offiziell als Rezession datiert wäre, obwohl sie natürlich eine Rezessionsphase darstellt. Man erkennt die mehr oder weniger starken Schwankungen im Zeitablauf, zugleich aber die unregelmäßige Wiederkehr von wirtschaftlichen Schwächephasen. Die Ursachen für diese Schwankungen sind vielfältig, ob es sich um die beiden Ölpreisschocks der 1970er- und 1980er-Jahre, die Wiedervereinigung, die Finanzkrise oder die Corona-Krise handelt.

Die Wirtschaftspolitik ist unterschiedlich erfolgreich mit diesen Krisen umgegangen. In Abkehr von Erhard'schen Vorstellungen setzte Karl Schiller in Reaktion auf die Rezession von 1966/67 auf keynesianische Rezepte, insbesondere mit expansiver Fiskalpolitik. Diese keynesianische Rezeptur erwies sich in den 1970er- und 1980er-Jahren als Antwort auf die beiden Ölpreisschocks als falscher Ansatz. Beides

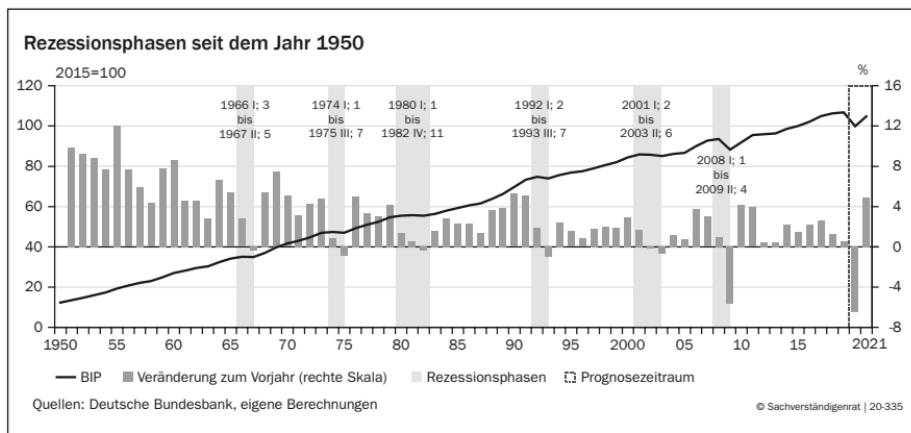


Abbildung 2: Rezessionsphasen von 1950 bis 2021

waren Produktivitätsschocks, die sich zwar auf das gesamtwirtschaftliche Angebot und auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage auswirkten, sich aber nicht durch reine Nachfragepolitik bekämpfen ließen. Vielmehr verschärfte eine falsche Lohnpolitik die damaligen Probleme noch. Hingegen war die Nachfragestimulierung nach der Finanzkrise zielgerichteter. Die Corona-Krise ist erneut ein schwerer Produktivitätsschock (SVR 2020). Jenseits der unmittelbaren Liquiditätshilfen sowie der weiteren expansiven Geld- und Fiskalpolitik am aktuellen Rand wird die richtige Antwort darauf in produktivitätssteigernden Maßnahmen liegen müssen.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung

Die unzureichende Antwort der Wirtschaftspolitik auf die Krisen der 1970er-, 1980er- und 1990er-Jahre spiegelt sich vor allem in der Entwicklung am Arbeitsmarkt (Abbildung 3) wider. Während die Erhard'schen Jahre der Wirtschaftspolitik durch einen Rückgang der Arbeitslosenquote und einen Anstieg der Beschäftigung gekennzeichnet waren, Schiller mit seiner keynesianischen Wirtschaftspolitik der aus Sicht

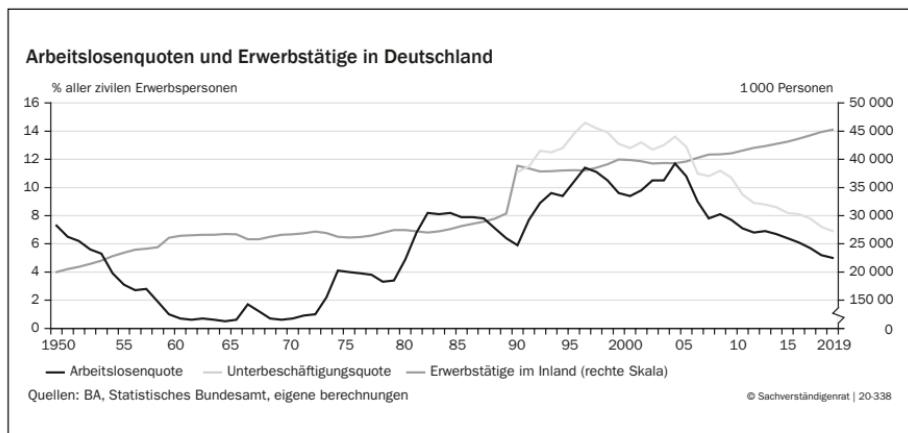


Abbildung 3: Arbeitslosigkeit und Erwerbstätige von 1950 bis 2019

der darauffolgenden Jahre geringen Arbeitslosigkeit noch mit Erfolg begegnete, stieg die Arbeitslosenquote danach im Zeitablauf an. Es entstand das Phänomen der Sockelarbeitslosigkeit: Im Boom kehrte die Arbeitslosenquote nicht wieder auf das niedrigere Niveau vor der Rezession zurück.

Erst durch die Lohnzurückhaltung der Gewerkschaften und die Reformen der Regierung Gerhard Schröder, insbesondere ihre Arbeitsmarktreformen, gelang es, den steigenden Trend der Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Damit wurde ein hoher Beschäftigungsstand bei mäßiger Arbeitslosigkeit, in manchen Regionen Deutschlands sogar Vollbeschäftigung, bis zum Jahr 2019 erreicht. Dies kann man als Rückgriff auf Erhard'sche Vorstellungen begreifen. Es waren aber vor allem die schon von Otto Graf Lambsdorff geforderten Arbeitsmarktreformen, zu denen sich die Regierung Helmut Kohl nicht durchringen konnte, die erst von Schröder umgesetzt wurden (Feld 2013).

Diese Entwicklung wirft ein anderes Schlaglicht auf den Wohlstand für alle. Bei Arbeitslosigkeit sorgt selbst die Einkommenssicherung über den Sozialstaat nicht dafür, dass die Bürger ein Wohlstandsgefühl haben. Einerseits sorgt Arbeitslosigkeit bei den Betroffenen jenseits des Einkommensverlustes für einen kräftigen Rückgang der Lebenszufriedenheit, sie fühlen sich abgehängt und gesellschaftlich ausgeschlossen, jedenfalls nicht wohl. Andererseits sorgt hohe Arbeitslosigkeit selbst bei den nicht unmittelbar Betroffenen für eine Wohlfahrtseinschränkung. Die Sorge vor Arbeitslosigkeit ist dann weiter verbreitet, selbst in Milieus, die keine hohe Wahrscheinlichkeit haben, arbeitslos zu werden. Nun war die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland seit der Gründung der Bundesrepublik zwar weit entfernt von den Niveaus der Weltwirtschaftskrise. Aber gleichwohl blieb sie ein Makel der Wirtschaftspolitik seit den 1970er-Jahren.

Verteilung der Einkommen

Die Lage am Arbeitsmarkt ist verbunden mit sozialpolitischen Fragen. Erhards *Wohlstand für Alle* legt schon im Titel das Missverständnis an, dass es ihm um eine Teilhabe an der Wohlstandsentwicklung ginge, selbst wenn diese Teilhabe durch staatliche Umverteilung der Einkommen erreicht werden müsste. Wie bereits betont, stehen Verteilungsfragen nicht im Mittelpunkt der Erhard'schen Wirtschaftspolitik. Dies wird beispielsweise im Abschnitt „Die Hamburger Erklärung“ des 6. Kapitels des *Wohlstands für Alle* deutlich, aber ebenso an vielen anderen Stellen.

Die Frage, inwiefern eine Steigerung des Bruttoinlandsprodukts in der Einkommensverteilung durchsickert, sodass alle Einkommensschichten etwas davon haben, ist komplex und kann hier nur angedeutet werden. Die Entwicklung in Deutschland ist vor allem von der Arbeitsmarktentwicklung geprägt. Dies illustriert Abbildung 4, in der Gini-Koeffizienten der Einkommensverteilung zusammen mit der Arbeitslosenquote abgebildet sind. Der Gini-Koeffizient misst die

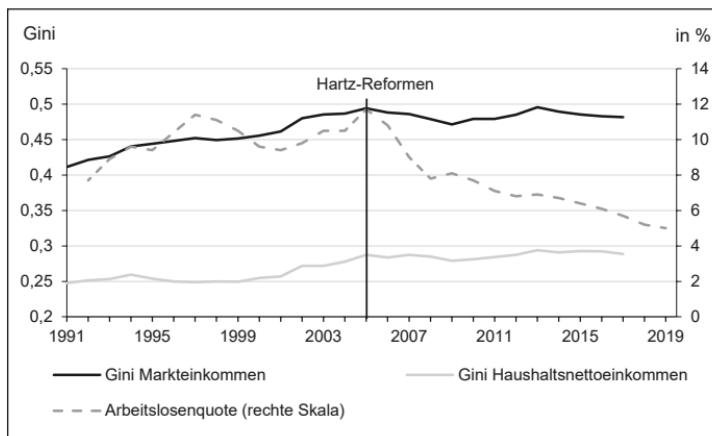


Abbildung 4: Gini-Koeffizienten für Markt- und Haushaltsnettoeinkommen sowie Arbeitslosenquote im Zeitverlauf,
Quelle: Feld et al. (2020)

Einkommensungleichheit durch ein zwischen 0 und 1 variierendes Maß, bei dem eine 0 perfekte Gleichverteilung und eine 1 perfekte Ungleichverteilung anzeigt. Je höher der Koeffizient, desto ungleicher ist also die Einkommensverteilung.

Die Einkommensverteilung in Deutschland wird erst seit den 1980er-Jahren konsistent mithilfe des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP) gemessen. In Abbildung 4 werden die Verteilung der Markteinkommen, also vor Einsatz des Steuer-Transfer-Systems des Staates, und der Haushaltsnettoeinkommen, also nach Umverteilung durch den Staat, abgebildet. Die Differenz zwischen beiden Indikatoren zeigt das Ausmaß der effektiven Umverteilung an. Diese Differenz ist nennenswert, wie unschwer zu erkennen ist. Im Zeitablauf lässt sich seit der Wiedervereinigung ein Anstieg der Einkommensungleichheit bis etwa ins Jahr 2005 feststellen. Dieser Anstieg setzt den seit den 1980er-Jahren in Westdeutschland bestehenden Trend fort. Seit dem Jahr 2005, also seit den Reformen der Regierung Schröder, lässt sich kein signifikanter Anstieg mehr beobachten, obwohl soziologische Faktoren, wie etwa die Zunahme der Ein-Personen-Haushalte, die für sich genommen die Einkommensungleichheit erhöhen, danach weiterhin ungleichheitsverstärkend gewirkt haben. Der weitere Anstieg der Gini-Koeffizienten im Aggregat wurde vor allem durch den Rückgang der Arbeitslosigkeit verhindert. Sozial ist, was Arbeit schafft.

Solide öffentliche Finanzen

Interessanterweise ergibt sich diese Entwicklung der Einkommensverteilung ohne besondere Veränderungen der finanzpolitischen Kennziffern. Abbildung 5 stellt die Entwicklung der Einnahme- und der Steuerquote sowie die Staatsquote von 1950 bis 2019 dar. Die kräftige Reduktion der Steuerquote zu Beginn des Beobachtungszeitraums ist einer Änderung in den statistischen Abgrenzungen geschul-

det, nachdem die Einnahmequote exakter gemessen und differenziert wurde. Die Einnahme- und die Staatsquote steigen bis in die zweite Hälfte der 1970er-Jahre an. Die Einnahmequote zeigt in der Zeit danach bis heute aber im Wesentlichen eine Seitwärtsbewegung. Die Staatseinnahmen in Prozent des BIP verändern sich somit wenig. Die Staatsquote, also die Staatsausgaben (inkl. der Transfers) in Prozent des BIP, geht bis zum Vorabend der Wiedervereinigung zurück, steigt bedingt durch diese wieder an, sogar schlagartig mit Überführung der mit der Wiedervereinigung eingerichteten Fonds in den Staatshaushalt Mitte der 1990er-Jahre, und geht danach wieder trendmäßig bis zum aktuellen Rand zurück.

Die Steuerquote, also die Steuereinnahmen in Prozent des BIP, verändert sich im Zeitablauf aber nur wenig. Seit dem Jahr 1960 sinkt sie trendmäßig bis Mitte der 2000er-Jahre. Seit dem Jahr 2010 steigt sie wieder an. Beide Trends sind jedoch moderat. Diese Entwicklung kaschiert die vielfältigen steuerpolitischen Veränderungen, etwa bei den Steuersätzen, in der Steuerstruktur von direkten zu den indirekten

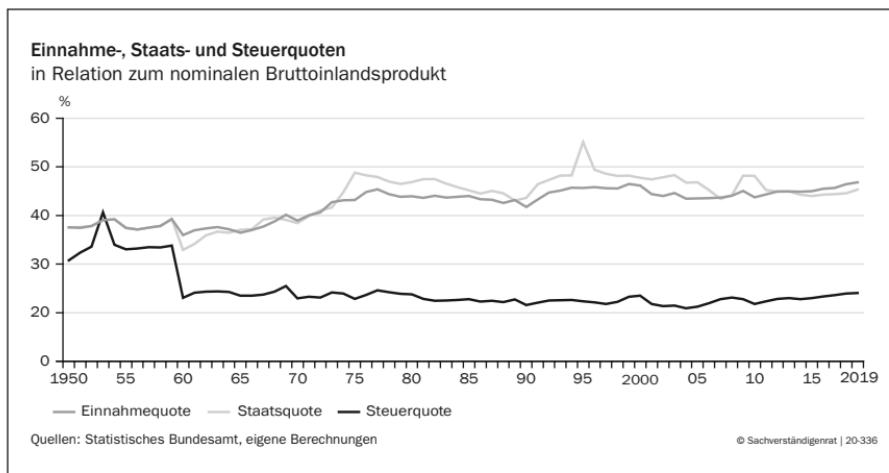


Abbildung 5: Einnahme-, Steuer- und Staatsquoten von 1950 bis 2019

Steuern usw. Allerdings kann die Steuerquote als effektive Steuerbelastung der Steuerzahler ex post interpretiert werden, und so gesehen ist sie erstaunlich stabil. Außerdem geht diese Entwicklung mit nur geringen Veränderungen in der effektiven Umverteilung, gemessen in der Differenz der Verteilung der Markteinkommen und der Haushaltsnettoeinkommen in Abbildung 4, einher. Dies vermittelt den Eindruck, dass das Steuer-Transfer-System in Deutschland im Zeitablauf zielgenauer ausgestaltet worden ist.

Die Differenz zwischen Einnahme- und Staatsquote in Abbildung 5 lässt die Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte aufscheinen. Liegt die Staatsquote über der Einnahmequote, so resultiert für den öffentlichen Gesamthaushalt ein Defizit in Prozent des BIP. Abbildung 6 verdeutlicht diese Entwicklung der Staatsverschuldung in Prozent des BIP von 1950 bis 2019 und zeigt einen trendmäßigen Anstieg der Staatsschuldenquote ab den 1970er-Jahren bis ins Jahr 2010. Erst nach Verabschiedung der Schuldenbremse konnte dieser Trend durchbrochen werden. Zu Zeiten Ludwig Erhards herrschte eine solide Finanzpolitik vor. Es hat relativ

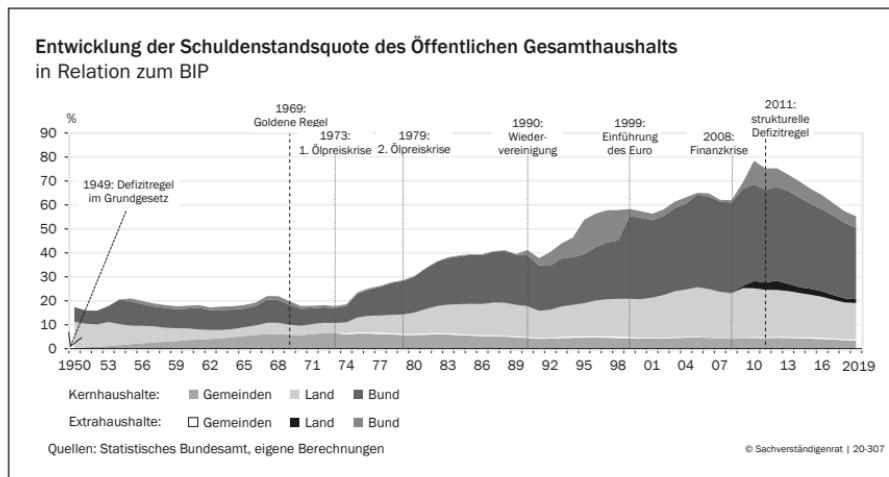


Abbildung 6: Schuldensstandsquoten (in % des BIP) Deutschlands, 1950 – 2019

lange gedauert, bis Deutschland wieder zu dieser soliden Finanzpolitik zurückgekehrt ist.

Fazit

Wohlstand für Alle – das mag manche provozieren, manche zu Missverständnissen anregen. Wohl verstanden, nämlich im Sinne der in diesem Band von Erhard dargelegten Interpretation, bietet dieses Konzept wichtige Anhaltspunkte für die Wirtschaftspolitik. Der Wohlstand muss zunächst erarbeitet werden, bevor man über seine Verteilung nachdenken kann. Die Wirtschaftspolitik muss daher auf Produktivitätssteigerungen als Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum und auf eine geringe Arbeitslosigkeit – allerdings bei Preisniveaustabilität – abzielen. Die Finanzpolitik sollte einerseits durch eine moderate Staatsverschuldung Voraussetzungen schaffen, um in Krisenzeiten expansiv sein zu können. Die Steuer- und Sozialpolitik muss andererseits die von ihr gesetzten Anreize im Blick haben, sodass Verteilungsziele möglichst effektiv erreicht werden, ohne die damit verbundenen Fehlanreize dominant werden zu lassen. Die hier gezeigten Illustrationen können dazu anregen, in verschiedener Hinsicht über die Erhard'schen Ansätze hinauszugehen. Sie lassen aber ebenso erkennen, dass die Erhard'schen Vorstellungen einer Wettbewerbswirtschaft nichts an ihrer Aktualität eingebüßt haben.

VORWORT ZUR 8. AUFLAGE

Gewiß mag es als ein Wagnis empfunden werden, ein 1957 erschienenes aktuelles wirtschaftspolitisches Buch im Jahre 1964 neu aufzulegen. Vor die Frage gestellt, ob dies zweckmäßig sei, erinnern sich Autor und Verlag der Worte, die im August 1960 anlässlich der damaligen Neuauflage vorangestellt wurden: „Der aufmerksame Leser wird erkennen, wie sehr trotz der Geschäftigkeit und Hast des modernen Lebens, trotz der großen Verschiebungen in den ökonomischen Quantitäten die wirtschaftspolitische Problematik über Jahre hinweg die gleiche bleibt, auch wenn hier und da die handelnden Personen gewechselt, die Institutionen sich gewandelt haben mögen. Das Ringen um die wirtschaftspolitisch richtige Erkenntnis gehört über Jahre und Jahrzehnte hinaus zum festen Bestand einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Insofern kommt diesem Buch heute, wie an dem Tag des ersten Erscheinens, die gleiche Bedeutung zu.“ Dies allein rechtfertigt ein weiteres Mal das kühne Unterfangen der Neuauflage, das durch den Verkauf der letzten noch vorhandenen Exemplare notwendig geworden ist.

Am 4.2.1957 wurde die erste Ausgabe von *Wohlstand für Alle* der Öffentlichkeit übergeben. Inzwischen sind sieben Auflagen der deutschen Ausgabe verkauft. Das Interesse war dabei nicht nur im deutschen Sprachraum außerordentlich groß; auch im Ausland bestand allgemein der Wunsch, die Gedankengänge des Schöpfers der „Sozialen Marktwirtschaft“ kennenzulernen. Davon zeugen 14 fremdsprachige Ausgaben sowie eine noch größere Zahl von Übersetzungen umfangreicher Auszüge.

Eine genaue Durchsicht des Textes zeigte, daß an der Grundkonzeption und Gedankenführung nichts geändert

zu werden brauchte. Manche der wirtschaftspolitischen Anregungen und Forderungen, die 1957 verfochten werden mußten, sind inzwischen befriedigt und erfüllt. Andere Probleme harren noch der Lösung, ohne daß auf diese Fragen abschließende Antworten erteilt werden konnten. Im einzelnen kommt einer vor sieben Jahren berechtigen Feststellung jetzt primär historische Bedeutung zu, während andererseits neue Aufgaben zur geistigen Durchdringung heranreifen. Für die Neuauflage wurden die in der früheren Ausgabe verwendeten Zahlen auf den neuesten Stand fortgeführt, soweit dies sinnvoll erschien. Um neben dieser Aktualisierung des Datenwerks einen Einblick in die neuesten Überlegungen des Verfassers zu geben, wurde das Schlußkapitel neu geformt. Es enthält dabei auch als bedeutsames politisches Dokument seine Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963. Damit hat der Verfasser nunmehr als Bundeskanzler seine Vorstellungen von den Aufgaben der Gegenwart und der nahen Zukunft präzisiert, wobei hier nicht nur – nicht einmal vornehmlich – der Wirtschaftspolitiker spricht. Die Regierungserklärung ist gerade wegen der Einbettung der sozialen Marktwirtschaft in eine umfassende Betrachtungsweise bemerkenswert. Sie verdient deshalb, gerade in diesem Buch niedergelegt zu werden – lautet doch einer ihrer Kernsätze: „Als Bundeskanzler verbürge ich mich, die Politik der sozialen Marktwirtschaft konsequent fortzusetzen.“

Im Februar 1964

1. Kapitel

DER ROTE FADEN

Geraume Zeit, bevor ich das Wirtschaftsressort in der ersten westdeutschen Bundesregierung übernahm, legte ich auf dem CDU-Parteitag der britischen Zone Ende August 1948 in Recklinghausen dar, daß ich es für abwegig halte und mich deshalb auch *weigere, die hergebrachten Vorstellungen der früheren Einkommensgliederung neu aufleben zu lassen*. So wollte ich jeden Zweifel beseitigt wissen, daß ich die Verwirklichung einer Wirtschaftsverfassung anstrebe, die immer weitere und *breitere Schichten* unseres Volkes *zu Wohlstand zu führen vermag*. Am Ausgangspunkt stand der Wunsch, über eine breitgeschichtete Massenkaufkraft die *alte konservative soziale Struktur endgültig zu überwinden*.

Diese überkommene Hierarchie war auf der einen Seite durch eine dünne Oberschicht, welche sich jeden Konsum leisten konnte, wie andererseits durch eine quantitativ sehr breite Unterschicht mit unzureichender Kaufkraft gekennzeichnet. Die Neugestaltung unserer Wirtschaftsordnung mußte also die Voraussetzung dafür schaffen, daß dieser einer fortschrittlichen Entwicklung entgegenstehende Zustand und damit zugleich auch *endlich das Ressentiment zwischen „arm“ und „reich“ überwunden* werden konnten. Ich habe keinerlei Anlaß, weder die materielle noch die sittliche Grundlage meiner Bemühungen mittlerweile zu verleugnen. Sie *bestimmt* heute wie damals *mein Denken und Handeln*.

Das erfolgversprechendste Mittel zur Erreichung und Sicherung jeden Wohlstandes ist der Wettbewerb. Er allein führt dazu, den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen,

im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen, und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen.

Auf dem Wege über den Wettbewerb wird – im besten Sinne des Wortes – *eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt* und dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten. Immanenter Bestandteil der Überzeugung, auf solche Art den Wohlstand am besten mehren zu können, ist das Verlangen, allen arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch einen ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wichtige Voraussetzungen erfüllt werden.

Wir dürfen über dem sich ausweitenden Konsum *die Mehrung der Produktivität der Wirtschaft nicht vergessen*. Dabei lag am Anfang dieser Wirtschaftspolitik das Schwerpunkt auf der Expansion der Wirtschaft, um zunächst einmal das Güterangebot überhaupt zu steigern und auch auf diesem Wege dem Wettbewerb laufend Auftrieb zu geben. Vor allem galt es, der wachsenden Zahl von Arbeitssuchenden auch Beschäftigungsmöglichkeiten zu eröffnen.

Konjunkturzyklus überwunden

Diese zwingenden Notwendigkeiten verlangen aber auch danach, das alte und bisher für unumstößlich gehaltene *Gesetz vom konjunkturzyklischen Ablauf des wirtschaftlichen Geschehens zu überwinden*. Man glaubte bekanntlich, daß sich die Wirtschaft in rhythmischen Wellen fortentwickle. Sieben Jahre sollten dabei etwa den Zeitabschnitt darstellen, in dem sich Aufschwung, Hochkonjunktur, Niedergang und Krise vollenden, bis sich aus ihr wieder die heilenden Kräfte zum positiven Ansatz für den nächsten Zyklus entzünden. In den nun fast neun Jahren aber, in denen ich die Verantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik trage, ist es immerhin gelungen, diesen *starren*

Rhythmus zu sprengen und über einen kontinuierlichen Aufstieg der Wirtschaft die Koppelung von voller Beschäftigung und Mengenkonjunktur zu erreichen.

In Anbetracht dieser Entwicklung sind wohl auch mein Streben und meine Hoffnung verständlich, daß es der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftstheorie gelingen möge, zur Bewältigung dieses Problems systematische Lösungen zu finden. Alle dahin ziellenden Bemühungen werden allerdings nur von Erfolg gekrönt sein können, wenn und so lange der Wettbewerb nicht durch künstliche oder rechtliche Manipulationen behindert oder gar ausgeschaltet wird.

Die Gefahr einer Beeinträchtigung des Wettbewerbs droht sozusagen ständig und von den verschiedensten Seiten her. Es ist darum eine der wichtigsten Aufgaben des auf einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung beruhenden Staates, die Erhaltung des freien Wettbewerbs sicherzustellen. Es bedeutet wirklich keine Übertreibung, wenn ich behaupte, daß ein auf Verbot gegründetes Kartellgesetz als das unentbehrliche „*wirtschaftliche Grundgesetz*“ zu gelten hat. Versagt der Staat auf diesem Felde, dann ist es auch bald um die „*Soziale Marktwirtschaft*“ geschehen. Dieses hier verkündete Prinzip zwingt dazu, keinem Staatsbürger die Macht einzuräumen, die individuelle Freiheit unterdrücken oder sie namens einer falsch verstandenen Freiheit einschränken zu dürfen. „*Wohlstand für alle*“ und „*Wohlstand durch Wettbewerb*“ gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt.

Diese wenigen Andeutungen zeigen bereits den fundamentalen Unterschied zwischen der Sozialen Marktwirtschaft und der liberalistischen Wirtschaft alter Prägung. Unternehmer, die unter Hinweis auf neuzeitliche wirtschaftliche Entwicklungstendenzen Kartelle fordern zu können glauben, stellen sich mit jenen Sozialdemokraten auf eine geistige Ebene, die aus der Automation auf die Notwendigkeit einer staatlichen Planwirtschaft schließen.

Diese Überlegung macht wohl auch deutlich, wie ungleich nützlicher es mir erscheint, die *Wohlstandsmehrung durch die Expansion zu vollziehen*, als Wohlstand aus einem unfruchtbaren Streit über eine andere Verteilung des Sozialproduktes erhoffen zu wollen.

Damit soll keineswegs behauptet werden, daß die jetzige Verteilung des Sozialprodukts etwa die einzige richtige und auf ewig gültige sei. Ein Zahlenbeispiel mag jedoch kurz erläutern, was hier gemeint ist: Zwischen 1950 und 1962 gelang es, das Bruttosozialprodukt (zur Ausklammerung aller Preisveränderungen in Preisen von 1954 ausgedrückt) um über 167 Mrd. DM auf 280,3 Mrd. DM zu erhöhen.

Bruttosozialprodukt
(in Preisen von 1954 ausgedrückt)
in Mrd. DM

1950	1952	1954	1956	1958	1960 ¹⁾	1962
112,9	136,5	157,9	189,3	206,8	254,9	280,3

¹⁾ ab 1960 einschl. Saarland und Berlin (West)

Quelle: Statistisches Bundesamt

Dieser Hinweis auf den unbestreitbaren Erfolg dieser Politik lehrt, wie ungleich sinnvoller es ist, alle einer Volkswirtschaft zur Verfügung stehenden *Energien auf die Mehrung des Ertrages der Volkswirtschaft* zu richten, als sich *in Kämpfen um die Distribution des Ertrages zu zermürben* und sich dadurch von dem allein fruchtbaren Weg der Steigerung des Sozialproduktes abdrängen zu lassen. Es ist sehr viel leichter, jedem einzelnen aus einem immer größer werdenden Kuchen ein größeres Stück zu gewähren, als einen Gewinn aus einer Auseinandersetzung um die Verteilung eines kleinen Kuchens ziehen zu wollen, weil auf solche Weise jeder Vorteil mit einem Nachteil bezahlt werden muß.

Wettbewerb contra Egoismus

Man mag mich manches Mal gescholten haben, weil mir für diese sterile Denkweise jedes Verständnis fehlte. Der Erfolg hat mir recht gegeben. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat dahin geführt, daß der Ertrag, den alle aus der Wirtschaft ziehen, ohne jede Unterbrechung von Jahr zu Jahr angestiegen ist. Der private Verbrauch z. B. erhöhte sich von 1950 bis 1962 – wohlgemerkt wieder in Preisen von 1954 ausgedrückt – von 69 auf 175 Mrd. DM. Diese beachtliche Steigerung steht im internationalen Vergleich mit an erster Stelle. Nach Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes stieg der Index des privaten Verbrauchs – preisbereinigt (1950 = 100) – in Westdeutschland im Jahre 1961 auf 236; in diesem Zeitraum erhöhte sich die Indexzahl in Großbritannien auf 127, in Schweden auf 137, in Frankreich auf 162 und in den USA auf 139. Auch wenn man die Vorkriegszeit als Basis wählt, übersteigt die westdeutsche Entwicklung diejenige des Durchschnitts aller OEEC-Länder bei weitem. *Selbst die revolutionärste Umgestaltung* unserer Gesellschaftsordnung hätte es *niemals vermocht, den privaten Verbrauch* dieser oder jener Gruppe *auch nur um Bruchteile der tatsächlich erreichten Steigerung zu erhöhen*; denn gerade ein solcher Versuch hätte zu einer Lähmung und Stagnation der Volkswirtschaft geführt.

Diese Skepsis gegenüber allen Streitigkeiten über die „gerechte“ Verteilung des Sozialprodukts erwächst auch aus der Überzeugung, daß so begründete Lohnkämpfe in enger geistiger Nachbarschaft zu vielfältigen Bemühungen auch anderer Interessenten, ja ganzer Volksteile stehen, sich *auf Kosten anderer Vorteile verschaffen zu wollen*. Dabei wird in leichtfertiger Weise verkannt, daß jedes geforderte Mehr immer eine größere Leistung voraussetzt. Ein derartiges geradezu kindisch zu nennendes Verhalten *gefährdet* in illusionistischer Verblendung zuletzt sogar *die Grundlagen unseres Fortschritts*. Auch hier ist vor allem die Be-

jahung des Wettbewerbs geeignet, dem Egoismus einen Riegel vorzuschieben. So wie es in einer gesunden Wettbewerbswirtschaft dem einzelnen nicht erlaubt ist, Sondervorteile für sich zu beanspruchen, so ist diese Art der Be reicherung auch ganzen Gruppen zu versagen.

Mein ständiges Drängen, alle Anstrengungen auf eine Expansion ohne Gefährdung der gesunden Grundlage unserer Wirtschaft und Währung zu richten, gründet sich gerade auf die Überzeugung, daß es mir auf solche Weise möglich sein kann, all denen, die ohne eigenes Verschulden wegen Alter, Krankheit oder als Opfer zweier Weltkriege nicht mehr unmittelbar am Produktionsprozeß teilhaben können, *einen angemessenen, würdigen Lebensstandard zu garantieren.*

Das Anwachsen der Sozialleistungen in den letzten Jahren erweist die Richtigkeit dieser These. Die Steigerung der öffentlichen Sozialleistungen in der Bundesrepublik von 9,8 Mrd. DM im Jahre 1949 auf über 47 Mrd. DM im Jahre 1962 war, wie auch die Rentenreform, *nur über den wirtschaftlichen Fortschritt zu bewerkstelligen.* Nur die Expansion hat es ermöglicht, auch die Armen mehr und mehr an der Wohlstandssteigerung teilhaben zu lassen. Wenn, wie gesagt, die Bundesregierung jetzt sogar eine weitere und wesentliche Erhöhung der Sozialleistungen gewähren kann, dann ist sie dazu nur deshalb in der Lage, weil die Wirtschaftspolitik auch für die Zukunft eine Steigerung unseres Sozialproduktes erwarten läßt.

Der Schlüssel zur Steuersenkung

Diese Bejahung einer Expansionspolitik wird auch noch unter anderen Gesichtspunkten zu einem zwingenden Ge bot. Der realpolitische Betrachter wird akzeptieren müssen, daß der moderne Staat heute Riesenaufgaben zu bewältigen hat. Wenn sicher auch alles getan werden sollte, um eine Einschränkung artfremder Staatsfunktionen zu erreichen – mit dem konsequenten Abbau von Bewirtschaf

tungs- und Preisvorschriften habe ich meinen Beitrag hierzu geleistet –, so wird man sich doch damit abfinden müssen, daß in der Mitte des 20. Jahrhunderts eine wesentliche Entlastung des Staates nicht sehr wahrscheinlich ist. Andererseits aber wird man das sehr berechtigte Anliegen aller Staatsbürger wie auch der Wirtschaft anerkennen wollen, dennoch *zu einer Senkung der steuerlichen Belastung zu gelangen*.

Dieses Ziel kann aber auch nur erreicht werden, wenn wir die Staatsausgaben wenigstens auf der gegenwärtigen, ja keineswegs unbeträchtlichen Höhe zu halten vermögen. Wenn nur dieses gelingt, dann wird in Zukunft die steuerliche Entlastung des Staatsbürgers und der Wirtschaft bei einer weiteren Steigerung des Sozialproduktes gleichwohl als Befreiung spürbar werden. Es eröffnen sich hoffnungsvolle Aspekte! Man bedenke doch nur, wie wesentlich geringer die steuerliche Belastung in zehn Jahren sein kann, wenn wir dann ein ganz wesentlich größeres Sozialprodukt gegenüber 87 Mrd. DM im Jahre 1950 und 224 Mrd. DM im Jahre 1959 erreicht haben werden (Nettosozialprodukt).

Dieser Ausblick mag durch nüchterne Tatsachen der jüngsten Vergangenheit belegt werden. Niemand wird behaupten mögen, daß die steuerliche Individualbelastung seit 1949 relativ gestiegen ist. Trotzdem erhöhten sich die Einnahmen der öffentlichen Hand (Bund, Länder und Gemeinden) von 23,7 Mrd. DM im Jahre 1949 auf 69,6 Mrd. DM im Rechnungsjahr 1958/59. Diese Steigerung beruht ausschließlich auf der rasanten Erhöhung unseres Sozialproduktes.

Wenn der *von mir geforderte Ausgabenstop durchgesetzt* und die Entwicklung des Sozialproduktes in ähnlicher Weise fortschreiten würde, dann ist leicht einzusehen und auszurechnen, *welche Senkung der steuerlichen Belastung vorgenommen werden könnte*. Nur auf diese Weise auch ist eine echte und wirklichkeitsnahe Lösung des uns alle bedrückenden Steuerproblems denkbar.

Mit dieser allgemeinen Wohlstandssteigerung leistet die Wirtschaftspolitik einen gewiß wertvollen *Beitrag zu der Demokratisierung Westdeutschlands*. Der deutsche Wähler hat anlässlich der Bundestagswahlen diese sehr betonte Absege an den Klassenkampf in überzeugender Weise honoriert.

Wenn sich somit als *roter Faden* durch jahrelange Bemühungen *der Wunsch nach einer Steigerung des allgemeinen Wohlstands* und als einziger möglicher Weg zu diesem Ziel der konsequente Ausbau der Wettbewerbswirtschaft zieht, dann schließt diese Wirtschaftspolitik auch *eine Erweiterung des Katalogs der traditionellen menschlichen Grundfreiheiten* ein.

Die wirtschaftlichen Grundrechte

Hierbei ist zuvorderst an die Freiheit jedes Staatsbürgers gedacht, das zu konsumieren, sein Leben so zu gestalten, wie dies im Rahmen der finanziellen Verfügbarkeiten den persönlichen Wünschen und Vorstellungen des einzelnen entspricht. Dieses demokratische Grundrecht der Konsumfreiheit muß seine logische Ergänzung *in der Freiheit des Unternehmers finden*, das zu produzieren oder zu vertreiben, was er aus den Gegebenheiten des Marktes, d.h. aus den Äußerungen der Bedürfnisse aller Individuen, als notwendig und erfolgversprechend erachtet. Konsumfreiheit und die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung müssen in dem Bewußtsein jedes Staatsbürgers *als unantastbare Grundrechte* empfunden werden. Gegen sie zu verstößen sollte als ein Attentat auf unsere Gesellschaftsordnung geahndet werden. Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft.

Die Verwirklichung des Gedankens der Wohlstandsmehrung zwingt zum Verzicht auf jede unredliche Politik, die dem nur optischen Scheinerfolg den Vorzug vor dem

echten Fortschritt gibt. Wem dieses Anliegen ernst ist, muß bereit sein, sich jedweden Angriffen auf die Stabilität unserer Währung energisch zu widersetzen. Die *soziale Marktwirtschaft ist ohne eine konsequente Politik der Preisstabilität nicht denkbar*. Nur diese Politik gewährleistet auch, daß sich nicht einzelne Bevölkerungskreise zu Lasten anderer bereichern.

Solche Versuche haben gerade in jüngster Vergangenheit vielfache Ausprägungen erfahren. Hier seien z. B. die Vereinbarungen der Sozialpartner erwähnt, deren Effekt bereits dahin geführt hat, daß Lohnerhöhungen den Produktivitätsfortschritt übersprungen haben und damit gegen den Grundsatz der Preisstabilität verstossen. Der gleiche Vorwurf trifft die Unternehmer, wenn sie aus solchem Anlaß oder aus Eigennutz in höhere Preise glauben ausweichen zu können. Die Schuld würde sogar zum Fluch werden, wenn da jemand eine bewußt inflationäre Entwicklung fördern wollte, um auf solche Weise zu leichterer Rückzahlung aufgenommener Kredit befähigt zu werden. Es liegt mir fern, einen solchen Verdacht zu äußern, um so mehr, als wohl niemand daran zweifeln kann, daß bereits ein solcher Versuch zur politischen Katastrophe führen müßte.

Die Gewerkschaften sollten sich deshalb auch fragen, ob sie mit ihrer aktiven Lohnpolitik nicht die Geschäfte verantwortungsloser Spekulanten besorgen, wenn diese zu Preissteigerungen führen muß. Die *Reaktion des deutschen Volkes* selbst auf die geringen Preiserhöhungen zeigt sich in einem deutlichen Rückgang der Sparrate von beispielsweise einem Einzahlungsüberschuß von 188 Mill. DM im Juli 1955 zu einem Auszahlungsüberschuß von 109 Mill. DM im Juli 1956. Diese bedenkliche Entwicklung konnte erst durch energische Maßnahmen der Bundesregierung gewendet werden.

Es sind aber nicht nur ökonomische, sondern auch soziologische und politische Gefahren, die uns von einer solchen

Fehlentwicklung her bedrohen müßten. Solche Gedanken konsequent zu Ende gedacht, sollten uns veranlassen, *die Währungsstabilität in die Reihe der menschlichen Grundrechte aufzunehmen*, auf deren Wahrung durch den Staat jeder Staatsbürger Anspruch hat.

Kostspielige Pyrrhussiege

Diese Prinzipien sind indessen nur dann zu verwirklichen, wenn die öffentliche Meinung entschlossen ist, ihnen den Vorrang vor allen egoistischen Sonderinteressen einzuräumen. Es bedarf keiner weiteren Beweise, um zu erkennen, wie sehr *die Demokratie durch das Ausspielen und Durchsetzen von Machtpositionen gefährdet ist*. Man braucht noch nicht einmal Pessimist zu sein, um zu der Feststellung gelangen zu müssen, daß viele Demokratien sich insoweit *in einer ernsten Krise* befinden. Das Problem der Einordnung der organisierten Gruppeninteressen in das Gesamtgefüge von Volk und Staat ist jedenfalls noch lange nicht befriedigend gelöst. Diese also noch nicht bewältigte Aufgabe verleitete in jüngster Zeit in wachsender Zahl immer mehr Gruppen dazu, der Volkswirtschaft im ganzen mehr abzuverlangen, als diese zu leisten und zu geben vermag. Alle so erzielten Erfolge erweisen sich schon heute *dem Wissen den als Pyrrhussiege*. Jeder einzelne Staatsbürger bezahlt sie in Form leicht ansteigender Preise täglich und ständig buchstäblich in Mark und Pfennig.

Es ist kein Trost, sondern mehr eine Schande, daß diese fragwürdigen Erfolge zum größten Teil auf Kosten jener Bevölkerungsschichten erzielt werden, die aus soziologischen Gründen nicht in der Lage sind, ihren Standpunkt in ähnlich massiver Weise durchzusetzen. Die jüngsten Preissteigerungen sind nahezu ausschließlich darauf zurückzuführen, daß man allenthalben wider besseres Wissen handelte und alle Mahnungen und Beschwörungen, Maß zu halten, mißachtet wurden.

Es ist hohe Zeit, sich im Hinblick auf eine gesicherte Zukunft unseres jungen demokratischen Staates wieder *auf den Pfad der Tugend zurückzugeben*. In dieser Forderung verschmelzen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu einer Einheit. In der Mitte des 20. Jahrhunderts ist *das Gedeihen der Wirtschaft auf das engste mit dem Schicksal des Staates verwoben*, wie umgekehrt die Anerkennung jeder Regierung und des Staates von dem Erfolg oder Mißerfolg der Wirtschaftspolitik unmittelbar berührt wird. Diese Interdependenz von Politik und Wirtschaft verbietet es, in „Kästchen“ zu denken. So wie sich der Wirtschaftspolitiker dem Leben des demokratischen Staates verpflichtet fühlen muß, hat umgekehrt auch der Politiker die überragende Bedeutung des wirtschaftlichen Seins der Völker anzuerkennen und dementsprechend zu handeln.

Die in der Bundesrepublik praktizierte soziale Marktwirtschaft hat Anspruch darauf, von den Politikern als mitbestimmender und mitgestaltender Faktor bei dem Aufbau unseres demokratischen Staates anerkannt zu werden; diese Wirtschaftspolitik hat in kürzester Frist eine geschichtlich einmalige Wiederaufbauarbeit zu vollbringen vermocht. Es ist ihr nicht nur gelungen, einer um ein Viertel vermehrten Bevölkerung *Arbeit und Brot zu geben*, sondern diese Menschen auch *über das Wohlstandsniveau der besten Vorkriegsjahre hinauszuführen*. Die soziale Marktwirtschaft ist den harten, aber redlichen Weg des Wiederaufbaues gegangen – aber gerade damit hat sie *das Vertrauen der Welt zurückgewonnen*.

2. Kapitel

DIE GEBURT DER MARKTWIRTSCHAFT

Was stand am Anfang, als ich am 2. März 1948 im Wirtschaftsrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt zum Direktor der Verwaltung für Wirtschaft gewählt wurde? Diese Epoche vor der Währungsreform habe ich später einmal – am 31. Mai 1954 in Antwerpen – charakterisiert:

„Das war die Zeit, in der die meisten Menschen es nicht glaubten, daß dieses Experiment der *Währungs- und Wirtschaftsreform* gelingen könnte. Es war die Zeit, in welcher man in Deutschland errechnete, daß auf jeden Deutschen nur alle fünf Jahre ein Teller komme, alle zwölf Jahre ein Paar Schuhe, nur *alle fünfzig Jahre ein Anzug*, daß nur jeder fünfte Säugling in eigenen Windeln liegen könnte und jeder dritte Deutsche die Chance hätte, in seinem eigenen Sarge beerdigt zu werden. Das schien auch tatsächlich die einzige Chance gewesen zu sein, die uns noch winkte. Es zeugte von dem grenzenlosen Illusionismus und der Verblendung planwirtschaftlichen Denkens, wenn man von Rohstoffbilanzen oder anderen statistischen Grundlagen her glaubte, das Schicksal eines Volkes für lange Zeit vorausbestimmen zu können. *Diese Mechanisten und Dirigisten* hatten nicht die geringste Vorstellung von der sich entzündenden dynamischen Kraft, sobald sich ein Volk nur wieder des Wertes und der Würde der Freiheit bewußt werden darf.“

Es würde die Laune des Lesers verderben, wollte man heute ein minutiöses Bild jener Tage der Währungsreform zu rekonstruieren versuchen. Nur einige Angaben seien deshalb zur Verdeutlichung der Ausgangslage skizziert:

Der erste Industrieplan, der auf Grund der Potsdamer Beschlüsse vom 2. August 1945 erarbeitet wurde, wollte die deutsche Industriekapazität auf einem Niveau von 50 bis 55% des Standes von 1938 oder auf ca. 65% desjenigen von

1936 binden, wobei eine Wertung dieses Planes noch in Rechnung zu stellen hätte, daß die Bevölkerungszahl infolge des Flüchtlingsstromes zwischenzeitlich erheblich angestiegen war. Diese Absicht scheiterte zunächst allein an der Unmöglichkeit, die wirtschaftliche Einheit Deutschlands herzustellen.

Im zweiten Industrieplan, den die Britisch-Amerikanische Militärregierung für ihre Zonen am 29. August 1947 verkündete, wurde der sogenannten Bizonen im Grundsatz wohl die volle Kapazität des Jahres 1936 zugestanden, aber er war doch auch wieder mit mancherlei Einschränkungen im einzelnen belastet. Inzwischen waren aber die noch verfügbaren Kapazitäten auf etwa 60% von 1936 abgesunken.

Preisgestoppte Inflation lähmt die Wirtschaft

Die gesamte Industrieproduktion des Vereinigten Wirtschaftsgebietes betrug denn auch im Jahre 1947 nur noch 39% des Ausstoßes von 1936. Dieses düstere Bild zeigte sich auch in allen Teilbereichen. Man bedenke z. B. nur, daß seinerzeit die Textilproduktion knapp ein Siebentel der gegenwärtigen Erzeugung ausmachte.

Industrieproduktion im Vereinigten Wirtschaftsgebiet

1936 = 100

	1946	1947
Gesamte Industrie	33	39
Kohle	51	65
Eisen und Stahl	21	25
NE-Metalle	18	24
Chemie.	43	43
Steine und Erden	31	33
Fahrzeugbau	17	19
Elektrotechnik	36	65
Feinmechanik und Optik	30	30
Textilien	20	28
Leder und Schuhe.	26	27
Kautschukwaren	34	40
Zellstoff und Papier	20	21

Quelle: „Wirtschaftsverwaltung“, herausgegeben von der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, Juni 1948

Der Versuch, in jenen Nachkriegsjahren die Inflation – die Folge einer sehr bedenklichen Aufrüstungsfinanzierung von 1933 bis 1939 und vor allem der Kosten der Kriegsführung in Höhe von ca. 560 Mrd. RM – durch Preisstopp und Bewirtschaftung aufzuhalten zu wollen, war immer offensichtlicher zum Scheitern verurteilt. Wir erlebten das *Phänomen der „preisgestoppten Inflation“*. Die überreiche Geldfülle machte jede administrative Wirtschaftslenkung unmöglich. Die Umsätze spielten sich nicht mehr – oder doch nur noch zu einem geringen Teil – über den regulären Groß- und Einzelhandel ab. Die Waren blieben in immer größerem Umfange *in der Lagerhortung stecken*, soweit sie nicht im Wege der Kompensation die Voraussetzung für die Fortführung einer schmalen Produktion boten. Wir waren in Zustände eines primitiven Naturalaustausches zurückgesunken. Der allgemeine Produktionsindex (ohne Bauhauptgewerbe) bewegte sich im ersten Halbjahr 1948 um rund 50% von 1936. Anfang 1948 stellte denn auch Professor Dr. Wilhelm Röpke fest: Deutschland ist in einem Maße vernichtet und in *ein derartiges Chaos verwandelt*, daß *niemand es sich vorstellen kann*, der es nicht mit eigenen Augen gesehen hat.

Dieser Niederbruch löste naturgemäß einen *heftigen Streit um die Methoden zur Überwindung* dieses Chaos aus. Hier gab es alles andere als die berühmte Einigkeit, die stark macht. Es tobte vielmehr in Westdeutschland der Kampf zwischen Planwirtschaft und Marktwirtschaft, – ein Streit, der im übrigen nicht nur auf deutscher Seite, sondern auch auf Seiten der Alliierten die Geister bewegte. Das Kapitel V „*Marktwirtschaft überwindet Planwirtschaft*“ vermittelt einen Eindruck von diesen Auseinandersetzungen. Die deutschen Planwirtschaftler neigten in dieser Situation zu einer engen Zusammenarbeit mit den Besatzungsbehörden der britischen Zone, die den Weisungen und Vorstellungen der seinerzeitigen Labour-Regierung zu entsprechen hatten, um so mehr diese gerade in der Blütezeit *ihrer plan-*

wirtschaftlichen Experimente stand. Die liberalen Kräfte Westdeutschlands fühlten sich hingegen stärker zu den „Amerikanern“ hingezogen. Es ist daher durchaus kein Zufall, daß *Victor Agartz* in Minden das Zentralamt für Wirtschaft leitete, während ich in der im Oktober 1945 gebildeten bayerischen Regierung auf besonderen Wunsch der amerikanischen Besatzungsbehörde das *Wirtschaftsministerium* übernahm.

Die große Chance

Mitte 1948 winkte dann *die große deutsche Chance*: Sie lag darin begründet, *die Währungsreform mit einer ebenso entschiedenen Wirtschaftsreform zu verkoppeln*, um der durch das unsinnige Überfordern der Menschen völlig wirklichkeitsfremden administrativen Wirtschaftslenkung – von der Produktion bis hin zum letzten Verbraucher – *das verdiente unrühmliche Ende* zu bereiten. Heute ist es nur noch wenigen bewußt, welches Maß an Mut und Verantwortungsfreudigkeit dazu gehörte, diesen Schritt zu vollziehen. Die Franzosen Jacques Rueff und André Piettre haben einige Zeit später über diese Einheit von Wirtschafts- und Währungsreform geurteilt:

„Der Schwarze Markt verschwand urplötzlich. Die Auslagen waren zum Bersten voll von Waren, die Fabrikschornsteine rauchten, und auf den Straßen wimmelte es von Lastkraftwagen. Wo es auch sei, überall statt der Totenstille der Ruinen das Gerassel der Baustellen. Aber war schon der Umfang dieses Wiederaufstiegs erstaunlich, so noch mehr seine Plötzlichkeit. Er setzte auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens auf den Glockenschlag mit dem Tage der Währungsreform ein. Nur Augenzeugen können einen Begriff von der buchstäblich augenblicklichen Wirkung geben, die die Währungsreform auf die Wiederauffüllung der Läger und die Reichhaltigkeit der Auslagen gehabt hat. Von einem Tag auf den anderen füllten sich die Läden mit Waren, fingen die Fabriken wieder an zu arbeiten. Noch am Abend vorher liefen die Deutschen ziellos in den Städten umher, um kärgliche zusätzliche Nahrungsmittel auf-